

Lesefassung mit Änderungen 06.2020

Ausführungsvorschrift zur Kindertagespflege (AV - KTPF)

Vom 21. Dezember 2010

zuletzt geändert am 11.11.2019 ABI. (Nr.48/2019), S.7277

Sen BildJugFam - V A 15 -

Telefon: 90227-5394, intern 9227-5394

Auf Grund der §§ 27, 17 und 18 des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege (Kindertagesförderungsgesetz - KitaFöG) vom 23. Juni 2005 (GVBl. S. 322) , zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.12.2017 (GVBl. S. 702) wird die Ausführungsvorschrift zur Kindertagespflege vom 21. Dezember 2010 wie folgt geändert:

I. Allgemeines

1. Rechtsgrundlagen, Geltungsbereich
2. Zielgruppe
3. Betreuungsformen

II. Zuständigkeiten

4. Zuständigkeiten und Aufgaben der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung
5. Zuständigkeiten und Aufgaben der Jugendämter

III. Erlaubniserteilung und Verträge

6. Erlaubnis
7. Auswahl/Vermittlung
8. Betreuungsvertrag und Tagespflegevertrag

IV. Rechte und Pflichten von Tagespflegepersonen, einschließlich Qualifizierung / Fortbildung und fachliche Begleitung

9. Pflichten der Tagespflegepersonen
10. Qualifizierung/Fortbildung und fachliche Begleitung

V. Finanzierung und andere Leistungen

11. Finanzierungsgrundsätze

VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

12. Übergangsregelungen, Schlussbestimmungen

I. Allgemeines

1. Rechtsgrundlagen, Geltungsbereich

(1) Die Kindertagespflege als Jugendhilfeleistung dient nach § 22 SGB VIII und § 1 Abs. 6 KitaFöG der Betreuung und Entwicklungsförderung von Kindern.

(2) Die Ausführung der Jugendhilfeleistung Kindertagespflege wird ausschließlich von Privatpersonen erbracht.

(3) Soweit der Betreuungsbedarf von Kindern im Grundschulalter nicht durch die Zeiten der ergänzenden Förderung und Betreuung an der Schule abgedeckt werden kann oder der Bedarf außerhalb der angebotenen Zeiten liegt, kann im Einzelfall zusätzliche Betreuung bewilligt werden. Hierzu kann das Angebot an Kindertagespflegestellen gemäß den Vorgaben des Kindertagesförderungsgesetzes genutzt werden.

(4) Die Vorschriften gelten sowohl für die öffentlich als auch privat finanzierte Kindertagespflege, soweit es keine anderen Bestimmungen gibt.

2. Zielgruppe

(1) Die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertagespflege ist vorrangig ein Angebot für Kinder bis zum dritten Lebensjahr. Sie kann in Bedarfsfällen auch für ältere Kinder genutzt werden, insbesondere in Kindertagespflegestellen mit mehr als fünf Kindern, die vorrangig ein altersgemischtes Angebot darstellen. Für Kinder im Grundschulalter gilt Nummer 1. Abs. 3.

(2) In allen Betreuungsformen der Kindertagespflege nach Nummer 3. können sowohl Schulkinder als auch Kinder mit besonderem individuellen Förderbedarf betreut werden.

(3) Kinder mit besonderem individuellen Förderbedarf, für die eine Betreuung in Kindertagespflege besonders geeignet ist, sind insbesondere

- a) Kinder mit erhöhtem Pflegebedarf aufgrund einer Krankheit oder Erkrankung, insbesondere wenn eine Förderung in einer Kindertageseinrichtung aufgrund einer gesundheitlichen Indikation (chronische Erkrankung) nicht in Betracht kommt,
- b) Kinder, für die nach Feststellung des Jugendamtes eine Förderung in einer Kindertageseinrichtung aufgrund des psycho-sozialen Entwicklungsstandes oder der familiären Situation nicht in Betracht kommt,
- c) Kinder mit behinderungsbedingtem Mehrbedarf, der im Bedarfsbescheid ausgewiesen ist, sofern nicht andere Leistungen zu gleichem Zweck gewährt werden,
- d) Kinder mit Fluchterfahrungen.

Der Nachweis des Förderbedarfs nach Satz 1 ist in der Regel durch amtsärztliches Attest, Stellungnahme des regionalen, sozialpädagogischen Dienstes oder Stellungnahme einer vergleichbaren Beratungsstelle nachzuweisen.

3. Betreuungsformen

(1) Kindertagespflege erfolgt nach § 17 KitaFöG und § 32 AG KJHG in folgenden Betreuungsformen:

- a) Kindertagespflege für bis zu 5 Kinder,
- b) Kindertagespflege im Verbund für bis zu 10 Kinder.

(2) Mit den Betreuungsformen sind jeweils unterschiedliche Qualifikationsanforderungen an Tagespflegepersonen verbunden:

- a) Kindertagespflege für bis zu 5 Kinder können Tagespflegepersonen mit mindestens **einem** Aufbautzertifikat nach Nummer 10. Abs. 3 ausüben. Kindertagespflege für bis zu 3 Kinder können im Einzelfall auch Tagespflegepersonen ausüben, die lediglich über ein Grundzertifikat nach Nummer 10. Abs. 3 Buchstabe b verfügen.
- b) Kindertagespflege im Verbund für bis zu 10 Kinder können Tagespflegepersonen ausüben, die zu zweit gleichberechtigt zusammenarbeiten. Beide **müssen** über eine pädagogische Ausbildung, eine Ausbildung nach Nummer 10 Abs. 4 oder **ein Aufbautzertifikat nach Nr. 10 Abs. 7** verfügen.
- c) **Tagespflegepersonen, die ausschließlich in der ergänzenden Kindertagespflege tätig sind, müssen spätestens drei Monate nach Beginn der Tätigkeit die Qualifizierungsanforderungen nach Nr. 10 (5) erfüllen.**

(3) In der Regel werden Tagespflegekinder im Haushalt der Tagespflegeperson betreut. Außerdem kann Kindertagespflege in angemieteten Räumen stattfinden. Bei öffentlich finanzierter Kindertagespflege können die Räume auch vom Standortjugendamt angemietet werden. Im Ausnahmefall kann die Förderung im Haushalt der Eltern erfolgen. Dabei können auch haushaltsfremde Kinder aufgenommen werden.

(4) Kindertagespflege findet grundsätzlich von Montag bis Freitag innerhalb des Zeitrahmens von 6 – 18 Uhr statt. Sie kann bei begründetem Bedarf auch außerhalb dieser Zeiten, zum Beispiel nachts bzw. an Wochenend- und/oder Feiertagen erfolgen (Kindertagespflege zu außergewöhnlichen Zeiten).

(5) Übersteigt der Betreuungsbedarf eines Kindes aus familiären Gründen (z.B. wegen der Arbeits-, Ausbildungs- oder Lebenssituation der Eltern) um mehr als eine Stunde die Öffnungszeit der öffentlich geförderten Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege, in der es regelmäßig betreut wird, kann im Ausnahmefall ergänzend Kindertagespflege gewährt werden (ergänzende Kindertagespflege). Voraussetzung ist die Bewilligung des Wohnortjugendamtes nach Bedarfsfeststellung auf Antrag der Eltern.

(6) Kindertagespflege zu außergewöhnlichen Zeiten und ergänzende Kindertagespflege sind keine eigenständigen Betreuungsformen. Sie können in allen Betreuungsformen nach Nummer 3. Abs. 1 dieser Vorschrift realisiert werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.

(7) Kindertagespflege kann **gemeinsam** mit Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII oder teilstationärer Familienpflege nach § 32 Satz 2 SGB VIII durchgeführt werden, wenn das Wohl des Kindes in der Pflegestelle gewährleistet ist und die Erlaubnisvoraus-

setzungen erfüllt sind. Die aufsichtführenden Jugendamtsbereiche legen gemeinsam die Höchstzahl der in der Familie betreuten Pflegekinder fest.

II. Zuständigkeiten

4. Zuständigkeiten und Aufgaben der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung

Der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung obliegen folgende Aufgaben:

- a) allgemeine Beratung der Jugendämter in Fragen der Kindertagespflege,
- b) Unterstützung der Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter/innen der Jugendämter,
- c) Planung und Durchführung sowie Anregung und Förderung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Kindertagespflege,
- d) Erarbeitung von landesweiten Vorschriften und Empfehlungen zur Kindertagespflege,
- e) Beratung und Unterstützung überregionaler Zusammenschlüsse von Tagespflegepersonen und Gewährung finanzieller Unterstützung im Rahmen vorhandener Mittel,
- f) Vorgabe von einheitlichen Ausstattungsstandards für die Kindertagespflege sowie von Richt- und Orientierungswerten für deren Finanzierung, insbesondere für die Zuschüsse zur Warmmiete bei angemieteten Räumen,
- g) Regelungen zur finanziellen Absicherung der Kindertagespflege und Fortschreibung der Finanzierung für die Förder- und Betreuungsleistung in Anlehnung an die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen,
- h) Beitragszahlung zur Unfallversicherung der Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege bei der Unfallkasse Berlin,
- i) Erhebung und Auswertung von berlinweiten Daten zum Zwecke der Gesamtjugendhilfeplanung und der gesamtstädtischen Steuerung,
- j) Vorgabe von Standards zur Zertifizierung,
- k) Gewährung von Kindertagespflege an Deutsche im Ausland nach § 88 SGB VIII,
- l) Vorgaben für die berlineinheitlichen Abrechnungsverfahren in Verbindung mit dem IT-Fachverfahren, insbesondere in Bezug auf die Haushaltssystematik und die Schnittstelle zu ProFiskal.

Musterformulare können insbesondere für Tagespflegeerlaubnisse, Tagespflegeverträge und Betreuungsverträge vorgegeben werden.

5. Zuständigkeiten und Aufgaben der Jugendämter

(1) Die Jugendämter haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung in der Kindertagesbetreuung den bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagespflege und eine entsprechende Fachberatung von Kindertagespflegepersonen zu gewährleisten. Sie haben sicherzustellen, dass insbesondere dem Tagespflegebedarf nach § 7 Abs. 2 KitaFöG für Kinder bis zu drei Jahren entsprochen werden kann und nach § 19 Abs. 1 KitaFöG ausreichend öffentlich geförderte Tagespflegeplätze zur Verfügung stehen. Die Jugendämter müssen sicherstellen, dass jederzeit ausreichend Kapazitäten in der Fachberatung für Kindertagespflege vorgehalten werden, so dass neue

Pflegeerlaubnisse zeitnah bearbeitet und ausgestellt werden können. Zudem sollen sich alle Fachberatungen regelmäßig fortbilden.

(2) Das Jugendamt des Bezirkes, in dem sich die Tagespflegestelle befindet (Standortjugendamt), ist zuständig für folgende Aufgaben:

- a) Beratung von Tagespflegepersonen (einschließlich sich bewerbende Personen),
- b) Förderung und Beratung von Zusammenschlüssen von Tagespflegepersonen im Bezirk (Kiezgruppen) sowie mindestens halbjährliche Teilnahme an Kiezgruppentreffen oder Runden mit den Regionalsprecherinnen und Regionalsprechern des Bezirkes,
- c) Prüfung der Eignung von Tagespflegepersonen und von deren Betreuungsräumen in diesem Zusammenhang mit Zustimmung der Betroffenen ggf. Einholung von Auskünften im zuständigen regionalen sozialen Dienst, Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst und sozialpsychiatrischen Dienst,
- d) Erteilung von Tagespflegerlaubnissen nach § 43 SGB VIII,
- e) Feststellung von Verstößen gegen den Erlaubnisvorbehalt nach § 43 SGB VIII, Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 104 Abs. 1 Nummer 1 SGB VIII und Erhebung von Geldbußen nach § 104 Abs. 2 SGB VIII,
- f) bezirkliche Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für neue, dem Bedarf entsprechende Tagespflegestellen,
- g) Planung, Vorbereitung und Durchführung bezirklicher Fortbildungsangebote für Tagespflegepersonen, Prüfung und Anerkennung der Qualifikation der Tagespflegepersonen nach Nummer 10.,
- h) Finanzierung öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Nummer 11. sowie Gewährung von Zuschüssen und materiellen Leistungen nach Nummer 11. Abs. 13,
- i) Abschluss und Durchführung von Tagespflegeverträgen mit Tagespflegepersonen und von Betreuungsverträgen mit den Eltern bei öffentlich geförderter Kindertagespflege nach § 18 Abs. 3 KitaFöG,
- j) Erhebung und Auswertung von regionalen Daten für die für Jugend zuständige Senatsverwaltung zum Zweck der gesamtstädtischen Steuerung,
- k) Prüfung der Nachweise von Tagespflegepersonen für Beiträge zur Unfallversicherung und Renten-, Altersvorsorge-, Kranken- und Pflegeversicherung als Grundlage für die Finanzierung nach Nummer 11. Abs. 9,
- l) jährliche Meldung an die Lebensmittelüberwachungsbehörde im Rahmen des Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nummer 852/2004, nach dem Tagespflegepersonen als Lebensmittelunternehmer der Registrierungspflicht unterliegen und Prüfung der Einhaltung des Infektionsschutzgesetzes - IfSG – einschließlich des Masernschutzgesetzes,
- m) Meldung an das zuständige Schulamt über Abmeldung eines Kindes mit Sprachförderbedarf aus der Kindertagespflege, sowie Weitergabe der Lerndokumentation an die zuständige Grundschule bzw. das Schulamt nach Abgabe der Einwilligungserklärung durch die Eltern analog dem Verfahren in Kitas,
- n) Förderung der Kooperation von Tagespflegepersonen mit Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Familienbildung,
- o) Erfassung und Datenweitergabe nach § 9 KitaFöG (Gesundheitsvorsorge, Einzel- und Reihenuntersuchung)

- p) Prüfung der Nachweise von Tagespflegepersonen über Absolvierung eines Kurses „Erste Hilfe am Kind“ alle 2 Jahre.

(3) Im Übrigen richtet sich die Zuständigkeit nach § 33 AG KJHG und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften (Wohnortjugendamt). Das Wohnortjugendamt ist zuständig für folgende Aufgaben:

- a) Antrags-, Bedarfsfeststellungs- und Platznachweisverfahren gemäß § 7 KitaFöG bzw. § 19 Abs. 6 SchulG,
- b) Vermittlung von Tagespflegepersonen, sofern die Eltern nicht selbst eine Tagespflegeperson nachweisen,
- c) Unterstützung und Beratung von Eltern, die privat finanzierte Kindertagespflege wünschen,
- d) Vermittlung von Tagespflegeplätzen in einen anderen Bezirk nach Abstimmung mit dem Standortjugendamt, sofern keine öffentlich finanzierten Tagespflegeplätze im eigenen Bezirk verfügbar sind oder Eltern einen Platz in einem anderen Bezirk wünschen,
- e) Beratung der Eltern in allen Fragen der Kindertagespflege, Berechnung, Festsetzung und Einziehung der von den Eltern zu leistenden Kostenbeiträge nach den jeweils geltenden Vorschriften des TKBG.

Geht die Zuständigkeit durch Umzug der Eltern auf ein anderes Jugendamt in Berlin über, können die Kinder bei ihrer Tagespflegeperson verbleiben und müssen im Rahmen der festgestellten Bedarfe weiterhin öffentlich gefördert werden. Das nunmehr zuständige Wohnortjugendamt meldet dies dem Standortjugendamt, das die Verträge in der Regel innerhalb von drei Wochen anpasst.

III. Erlaubniserteilung und Verträge

6. Erlaubnis

(1) Eine Tagespflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII ist notwendig, wenn eine Tagespflegeperson ein oder mehrere Kinder in anderen Räumen als der elterlichen Wohnung während des Tages mehr als fünfzehn Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate betreuen will. Auf Antrag des Bewerbers/der Bewerberin hat das Standortjugendamt vor Aufnahme eines Kindes in Kindertagespflege die Voraussetzungen für die Erteilung einer Erlaubnis nach § 43 SGB VIII zu prüfen. Dazu gehören grundsätzlich die Eignungsprüfung der Tagespflegeperson sowie die Prüfung der Geeignetheit der Räume. Die sich bewerbende Person hat mitzuwirken und erteilt dem Standortjugendamt außerdem die Erlaubnis eine Anfrage beim zuständigen regionalen sozialpädagogischen Dienst zu machen. Bei fehlender Mitwirkung ist die Feststellung der Geeignetheit zu versagen. Eine fehlende Mitwirkung kann nachgeholt werden. Bei Vorliegen der Voraussetzungen besteht ein Anspruch auf Erteilung der Tagespflegeerlaubnis. Sie kann für weniger als 5 Kinder erteilt werden, wenn die Eignung der Tagespflegeperson, die Größe oder Ausstattung der Räume oder andere wichtige Gründe dies erfordern. Die Tagespflegeperson kann zusätzlich zur Erlaubnis noch ein weiteres Kind aufnehmen, wenn dieses entweder unter 15 Stunden pro Woche oder weniger als 3 Monate zu betreuen ist und nur eine kita- oder schulhortergänzende, vertretungsbedingte oder belegungswechselbedingte Betreuung erforderlich ist. Nr. 11 Abs. 16 ist zu berücksichtigen. Wenn im Rahmen der Erlaubnis bereits mindestens ein Kind nur ergänzend unter 15 Stunden betreut wird, kann

im Einzelfall mit vorheriger Zustimmung des Standortjugendamtes noch ein weiteres Kind in die reguläre Förderung aufgenommen werden (Ermessensentscheidung). Ist die Betreuung von Kindern mit besonderem individuellen Förderbedarf vorgesehen, ist eine auf den Einzelfall spezialisierte Eignungsprüfung und Erlaubniserteilung durch das Standortjugendamt vorzunehmen. Die Erlaubnis ist aufzuheben, wenn die Eignungsvoraussetzungen entfallen und die Tagespflegeperson die Eignungsvoraussetzungen nicht mehr oder nicht rechtzeitig wiederherstellen kann.

(2) Die Tagespflegeerlaubnis wird in der Regel gem. § 43 SGB VIII mit einer Gültigkeit von fünf Jahren durch das Standortjugendamt erteilt. Soll die Tätigkeit darüber hinaus fortgeführt werden, muss die Tagespflegeperson vor Ablauf der Gültigkeit erneut eine Erlaubnis beantragen.

(3) Für Kindertagespflege im Haushalt der Eltern ist keine Tagespflegeerlaubnis notwendig, sofern keine haushaltsfremden Kinder betreut werden. Das Standortjugendamt prüft in diesem Fall die Eignung der Tagespflegeperson einschließlich ihrer Qualifizierung nach Nummer 10. Bei Kindertagespflege im Haushalt der Eltern entfällt auch die Prüfung der Geeignetheit der Räume durch das Standortjugendamt, es sei denn, es werden auch haushaltsfremde Kinder betreut. Bei Aufnahme haushaltsfremder Kinder muss die Eignung aller zur häuslichen Gemeinschaft der Tagespflegestelle gehörenden erwachsenen Personen nach Abs. 9 überprüft werden.

(4) Kindertagespflege mit mehr als fünf Kindern ist im Verbund zweier gleichberechtigter, selbstständiger Tagespflegepersonen zu organisieren, die beide in der Tagespflegeerlaubnis zu benennen sind.

(5) Bei privat finanzierter Kindertagespflege sind in die Tagespflegeerlaubnis Auflagen zur Gewährleistung des Schutzauftrages des Jugendamtes gegenüber fremdbetreuten Kindern aufzunehmen. Nummer 9. Abs. 4 ist zu berücksichtigen.

(6) Bei Neueinrichtung einer Tagespflegestelle hat das Standortjugendamt vor Aufnahme des ersten Kindes durch Besichtigung vor Ort (Hausbesuch) die Geeignetheit der Räume für die Kindertagesbetreuung zu prüfen. Dabei darf jeweils nur eine Tagespflegestelle mit bis zu maximal 10 Kindern in den Räumlichkeiten betrieben werden. Tagespflegestellen müssen ausreichenden Wohn- und Bewegungsraum auch für Spiel und Beschäftigung bieten und die Körper- und Gesundheitspflege (Sanitärbereich mit Dusche oder Badewanne) sowie eventuelle Ruhezeiten für die Kinder ermöglichen. Sie müssen taghell, belüftbar, mit Rauchmeldern ausgestattet und beheizbar sein sowie die Sicherheit der Kinder gewährleisten. Werden mehr als drei Kinder betreut, muss mindestens ein Raum in angemessener Größe nur für die Tagespflegekinder zur Verfügung stehen. Als Orientierung ist eine pädagogische Nutzfläche von 4,5 qm pro Kind anzustreben. Die Hausbesuche sind vom Standortjugendamt in der Regel einmal jährlich zu wiederholen, um sich vom ordnungsgemäßen Zustand der Räume, die für die Kindertagespflege genutzt werden, zu überzeugen, dabei sind bauliche und brandschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen, wie sie im „Leitfaden zu Sicherheit und Unfallverhütung in Tagespflegestellen“ und in den Richtlinien der Unfallkasse festgelegt sind.

(7) Die Prüfung der Eignung der Tagespflegeperson bezieht sich insbesondere auf folgende Kompetenzen und Eigenschaften:

- a) Freude und Interesse am Umgang mit Kindern, Zuverlässigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Reflexionsfähigkeit,
- b) Kompetenz zur Haushaltsführung zur Herstellung von gesunden, ausgewogenen Mahlzeiten und Strukturierung des Tagesablaufes,
- c) Vereinbarkeit der Betreuung eines Tagespflegekindes mit den Bedürfnissen der Familienmitglieder,
- d) emotionale Stabilität, Fähigkeit zu emotionaler Zuwendung,
- e) soziale Wahrnehmungsfähigkeit,
- f) Befähigung, Bildungsgänge von Kindern sowie das Erlernen der deutschen Sprache insbesondere orientiert am landeseinheitlichen Bildungsprogramm zu fördern und die Förderung insbesondere durch Führung des Sprachlernstagebuches zu dokumentieren,
- g) Befähigung zur Versorgung und körperlichen Pflege von Kindern,
- h) Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Eltern und dem Jugendamt bzw. Schulamt,
- i) Bereitschaft zum Austausch mit anderen Tagespflegepersonen, zur gegenseitigen Inanspruchnahme im Vertretungsfall, zur regelmäßigen Teilnahme an Tagespflegeelterngruppen sowie zur Kooperation mit Kindertageseinrichtungen und anderen Tagespflegepersonen,
- j) Bereitschaft zur Weiterbildung,
- k) Bereitschaft, mit den Tagespflegekindern täglich an die frische Luft zu gehen.

Eine generelle Altersbegrenzung für die Tätigkeit als Tagespflegeperson gibt es nicht. Das Jugendamt entscheidet im Einzelfall nach Belastbarkeit und Gesundheitsstatus der volljährigen Tagespflegeperson.

(8) Das Jugendamt informiert **sich bewerbende Personen** über relevante rechtliche Regelungen. Des Weiteren informiert es über Rahmenverträge zur Haftpflichtversicherung zwischen Berlin und einem Versicherungsträger sowie Beitrittsmöglichkeiten für Tagespflegepersonen.

(9) Zur Feststellung der Eignung haben **sich bewerbende Personen** dem Jugendamt folgende Nachweise vorzulegen:

- a) ein aktuelles ärztliches Attest, wonach aus medizinischer Sicht gegen die Ausübung einer Tagespflegetätigkeit keine Bedenken bestehen, insbesondere keine ansteckenden Krankheiten **sowie psychische, physische oder Suchterkrankungen vorliegen**, sowie beim Erstantrag den Nachweis zum erforderlichen Impfschutz nach dem Masernschutzgesetz,
- b) Erklärung oder Nachweis über die Kenntnisnahme des Infektionsschutzgesetzes - IfSG – und der Lebensmittelhygienevorschriften,
- c) ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30 a Bundeszentralregistergesetz, sofern dieses nicht von Amts wegen durch das Jugendamt eingeholt wird,
- d) **Nachweis mindestens des Hauptschulabschlusses oder eines Berufsabschlusses** und guter Deutschkenntnisse (Sprachniveau B 2),
- e) Nachweis der Absolvierung eines Kursus "Erste Hilfe **am Kind**" mit mindestens drei Doppelstunden, der nach Nummer 10. Abs. 3a) aa) nicht länger als **zwei Jahre** zurückliegt,
- f) Nachweis über den Abschluss einer der Tätigkeit entsprechenden Haftpflichtversicherung,

- g) Nachweis über die Aufnahme in die Unfallversicherung der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege BGW,
- h) Nachweis über die Teilnahme an Qualifizierungen nach Nummer 10. Abs. 3 bis Abs. 6,
- i) Nachweis der besonderen Qualifikation für die Betreuung eines Kindes mit besonderem individuellen Förderbedarf.

Auch für die im Haushalt der Tagespflegeperson lebenden volljährigen Personen sind die in a) und c) genannten Nachweise zu erbringen. Die für die Ausstellung der Führungszeugnisse und der ärztlichen Atteste entstehenden Aufwendungen trägt die sich bewerbende Person. Das Jugendamt kann bei Bedenken zum Gesundheitsstatus den Arzt, der das ärztliche Attest ausgestellt hat, konsultieren, sofern die betroffene Person diesen von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden hat. Tagespflegepersonen, die bereits über eine Erlaubnis nach § 43 SGB VIII verfügen und zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit eine neue Erlaubnis beantragen, müssen nur die in a), c), e), f) und g) genannten Nachweise erneut vorlegen. Für volljährige Haushaltsangehörige sind die in a) und c) genannten Nachweise erneut zu erbringen. Veränderungen in der häuslichen Gemeinschaft müssen dem Standortjugendamt unverzüglich gemeldet und ggf. die Nachweise nach a) und c) erbracht werden.

(10) Als Tagespflegeperson ist ungeeignet, wer insbesondere wegen einer in § 72 a SGB VIII aufgeführten Straftat verurteilt worden ist. Die sich bewerbende Person bzw. Tagespflegepersonen sind auch dann als ungeeignet anzusehen, wenn in ihrem Haushalt Personen leben, von denen eine Gefahr für das Kindeswohl ausgehen kann. Dies liegt insbesondere vor, wenn es sich um Personen handelt, die wegen einer in § 72 a SGB VIII genannten Straftat verurteilt worden sind. Das Jugendamt ist bei Verdachtsmomenten gegen eine Tagespflegeperson oder volljährige Haushaltsangehörige jederzeit befugt, ein aktuelles erweitertes Führungszeugnis nach § 30 a Bundeszentralregistergesetz zu verlangen.

(11) Betreut eine Person Tagespflegekinder ohne die gemäß § 43 SGB VIII vorgeschriebene Tagespflegerlaubnis, handelt sie nach § 104 Abs. 1 Nummer 1 SGB VIII ordnungswidrig. Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße nach § 104 Abs. 2 SGB VIII geahndet werden. Ein Verfahren wegen einer Ordnungswidrigkeit wird auf Anzeige oder von Amts wegen eingeleitet. Zuständige Verwaltungsbehörde ist das Standortjugendamt. Tagespflegepersonen werden mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn sie ohne Tagespflegerlaubnis nach § 43 SGB VIII Kinder betreuen und diese dadurch leichtfertig in ihrer körperlichen, geistigen oder sittlichen Entwicklung schwer gefährden oder wenn sie vorsätzlich die Betreuung ohne Tagespflegerlaubnis beharrlich wiederholen.

7. Auswahl/Vermittlung

(1) Eltern können selbst eine geeignete Tagespflegeperson für ihr Kind auswählen oder die Vermittlung einer Tagespflegeperson nach Nummer 5. Abs. 3 Buchstabe c) durch das Wohnortjugendamt in Anspruch nehmen.

(2) Das Jugendamt achtet bei der Beratung und Vermittlung auf entwicklungsfördernde Bedingungen für die Betreuung von Kindern. Dabei ist anzustreben, dass in jeder Tagespflegestelle nach Möglichkeit mindestens zwei gleichaltrige Tagespflegekinder gemeinsam und nicht mehr als 2 Kinder unter einem Jahr pro Tagespflege-

person betreut werden. Kinder mit besonderem individuellen Förderbedarf sind nur an Tagespflegepersonen mit entsprechender fachlicher Eignung nach Nummer 10. Abs. 6 zu vermitteln.

(3) Eltern melden den Betreuungsbedarf im Wohnortjugendamt an. Nach Bedarfsfeststellung und -bescheiderteilung durch das Wohnortjugendamt suchen die Eltern einen Tagespflegeplatz und schließen mit dem Standortjugendamt einen Betreuungsvertrag ab. Das Standortjugendamt informiert das Wohnortjugendamt über den Vertragsabschluss (ISBJ-gestützt). Das Wohnortjugendamt erlässt daraufhin den Kostenbescheid für die Elternkostenbeteiligung und ist für die Einziehung verantwortlich.

8. Betreuungsvertrag und Tagespflegevertrag

(1) Nach § 16 Abs. 3 KitaFöG schließt das Standortjugendamt mit der Tagespflegeperson für die Betreuung und Förderung des Kindes einen schriftlichen Tagespflegevertrag ab. Eine Kündigung oder Befristung ist in der Regel mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Monatsende zulässig. Die Kündigungsfrist ist von allen Beteiligten einzuhalten. Voraussetzungen sind die Erlaubnis nach § 43 SGB VIII, die fallbezogene Eignung der Tagespflegeperson und der entsprechende Bedarfsbescheid. In den Tagespflegevertrag sind alle Regelungen aufzunehmen, die unmittelbare Wirkung gegenüber der Tagespflegeperson haben. Auch Regelungen zum Kinderschutz nach § 8 a SGB VIII müssen enthalten sein. Im Tagespflegevertrag sind regelmäßige zusätzliche Zahlungen der Eltern an die Tagespflegeperson auszuschließen. Bei Verbundtagespflegestellen erfolgt die vertragliche Zuordnung (Abrechnungsverfahren) zu einer Tagespflegeperson (Pflegevertrag). Aufsichtsfragen und die gemeinsame pädagogische Förderung aller Kinder dieser Verbundpflegestelle bleiben davon unberührt.

(2) Das Standortjugendamt schließt mit den Eltern einen Betreuungsvertrag über die Förderung ihres Kindes in Kindertagespflege auf Grundlage des bewilligten Betreuungsbedarfs ab. Der Betreuungsvertrag legt den Vertragsbeginn zeitgleich mit der Aufnahme des Kindes in Kindertagespflege fest, er beginnt in der Regel am Ersten eines Monats und schließt auch eine angemessene Eingewöhnungszeit des Kindes von bis zu vier Wochen ein. Die Eltern haben zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns ein ärztliches Attest, das nicht älter als eine Woche sein darf, über die Unbedenklichkeit der Betreuung des Kindes vorzulegen. Der Betreuungsvertrag kann regeln, dass dieses Attest der Tagespflegeperson vorzulegen ist. Kinder in Kindertagespflege sind mit Vertragsbeginn durch das Land Berlin in der Unfallkasse Berlin unfallversichert.

(3) Der Betreuungsvertrag soll sicherstellen, dass das Tagespflegeverhältnis jeweils zu einem vollen Monat endet; dabei beträgt die Kündigungsfrist einen Monat zum Monatsende. Davon kann abgewichen werden, wenn von vornherein eine zeitlich begrenzte Betreuung vorgesehen ist, die aus besonderem Grund nicht am Anfang eines Monats beginnt bzw. nicht am Ende eines Monats ausläuft. In diesem Fall erfolgt eine taggenaue Berechnung.

(4) Wenn Kindertagespflege zu außergewöhnlichen Zeiten oder ergänzende Kindertagespflege nach Nummer 3. Absätze 5 und 6 vorgesehen ist, hat das Wohnortjugendamt vor Abschluss des Betreuungsvertrages zu prüfen, ob das Wohl des Kindes einem erweiterten Betreuungsangebot entgegensteht.

IV. Rechte und Pflichten von Tagespflegepersonen, einschließlich Qualifizierung / Fortbildung und fachliche Begleitung

9. Pflichten der Tagespflegepersonen

(1) Die Tagespflegeperson hat die Regelungen zur Kindertagespflege zu beachten und insbesondere eine den §§ 1 und 9 SGB VIII entsprechende Förderung sowie den vertraulichen Umgang mit personenbezogenen Daten der Kinder und Eltern zu gewährleisten.

(2) Mit ihrem Antrag auf Überprüfung als Tagespflegeperson zur Erteilung der Tagespflegeerlaubnis stimmen sich bewerbende Personen der elektronischen Speicherung von personenbezogenen Daten nach den Erfordernissen des Berliner Erlaubnis- und Gutscheinverfahrens zur Kindertagespflege zu. Den Tagespflegepersonen ist über die Datenverarbeitung ein Informationsblatt nach Artikel 13 der EU-DSGVO auszuhändigen, die Anwendungshinweise der zuständigen Senatsverwaltung sowie die Anlagen sind zu beachten. Der Erhalt des Informationsblattes ist durch die Tagespflegeperson zu bestätigen.

(3) Die Tagespflegeperson ist verpflichtet, das Jugendamt und die Eltern bezüglich ihres Kindes unverzüglich über Vorkommnisse, die das Kindeswohl beeinträchtigen, zu unterrichten. Des Weiteren hat die Tagespflegeperson nach § 9 Abs. 5 KitaFöG dem Jugendamt unverzüglich zu melden, wenn bei einem Kind Anzeichen von Misshandlung oder grober Vernachlässigung wahrgenommen werden. Tatbestände, die für die Betreuung der Kinder sowie für die Gültigkeit der Tagespflegeerlaubnis von Bedeutung sind, wie z. B. Änderung in der Familiensituation, Umzug, Anschaffung von Haustieren, sind dem Jugendamt mitzuteilen.

(4) Tagespflegepersonen in der privat finanzierten Kindertagespflege sind zur Gewährleistung des Schutzauftrages verpflichtet, dem Jugendamt unverzüglich die Aufnahme eines Kindes mitzuteilen und die kind- und elternbezogenen Daten (Name, Alter, Geschlecht, Nationalität, Aufnahmedatum des Kindes und Namen, Anschrift, Telefon der Eltern) zu übermitteln.

(5) Die Tagespflegeperson ist nach Abwesenheit eines Kindes wegen einer meldepflichtigen und/oder ansteckenden Krankheit verpflichtet, zu überprüfen, dass ein ärztliches Attest über Beginn und Ende der Erkrankung des Kindes vorliegt. Dieses Attest holen die Eltern ein. Bei meldepflichtigen Erkrankungen leitet die Tagespflegeperson das Attest an das Jugendamt weiter.

(6) Tagespflegepersonen in der öffentlich finanzierten Kindertagespflege sind verpflichtet, das Standortjugendamt ab dem zehnten Tag der unentschuldigtem Nichtteilnahme an der Förderung oder bei Abmeldung des Kindes zu informieren. Gleiches gilt für längerfristige Nicht- oder nur teilweise Nutzung des Platzes. Hier hat die Meldung spätestens nach vier Wochen schriftlich zu erfolgen. Das Jugendamt entscheidet dann über die Beendigung oder Reduzierung des Vertrages; § 4 Abs.11 VOKita-FöG ist zu beachten.

(7) Bei der Betreuung von mehr als fünf Kindern ist die Anwesenheit beider Tagespflegepersonen notwendig, ihnen obliegt die Aufsichtspflicht. Davon kann nach Ab-

sprache mit dem Jugendamt abgewichen werden, z. B. während der Bringe- und Abholzeiten sowie bei Krankheit, Fortbildung und Urlaub einer Tagespflegeperson. Im Verbund kann nach Absprache mit dem Jugendamt bei kurzen nicht planbarem Ausfall einer Tagespflegeperson 1-3 Tage ohne Vertretung und entsprechende Finanzierung gearbeitet werden, ab dem 4. Tag ist eine Vertretung durch das Jugendamt oder durch die Tagespflegeperson in Absprache mit dem Jugendamt einzusetzen und vom Jugendamt entsprechend der Qualifikation der Vertretungstagespflegeperson zu finanzieren.

(8) Die Tagespflegeperson hat dem Standortjugendamt zur Klärung wichtiger Sachverhalte (z. B. Spielraum, Hygienebedingungen, Unfallverhütung usw.) oder der Vorbereitung und Begleitung wesentlicher Veränderungen (z.B. Erhöhung der Platzzahl in der Tagespflegestelle, Umsetzungsmöglichkeiten pädagogischer Vorstellungen) Zutritt zu Wohn- und/oder Betreuungsräumen der Tagespflegestelle zu gewähren. Dies umfasst auch das Recht jederzeit nachzuprüfen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der Tagespflegeerlaubnis auch im Übrigen noch weiterbestehen. Das Zutrittsrecht schließt neben den Räumen, die dem Aufenthalt des Kindes dienen, auch Räume ein, die von dem Kind mitbenutzt werden. Anlassbezogen ist auch der Gesundheitsverwaltung der Zutritt zu gewähren.

(9) In Gegenwart von Tagespflegekindern und in Räumen, in denen Kinder betreut werden, darf nicht geraucht werden.

(10) Tagespflegepersonen und deren Haushaltsangehörige dürfen in den Bereichen, in denen Kinder sich aufhalten oder zu denen sie Zugang haben, nur Tiere halten, wenn von diesen keine Gesundheitsgefährdung für Tagespflegekinder ausgeht. Eine Gesundheitsgefährdung für Kinder ist bezogen auf Hunde nach § 5 HundeG in Verbindung mit den Regelungen der GefHuVO regelmäßig anzunehmen.

(11) Das Ausfallen der Tagespflegeperson an Betreuungstagen, insbesondere durch Urlaub, Krankheit oder sonstigem nicht vermeidbarem Vertretungsbedarf, ist dem Standortjugendamt zu melden. Die Berechnung erfolgt anteilmäßig nach der Zahl der wöchentlichen Betreuungstage. Zum Nachweis der Fehltag nach § 18 Abs. 2 KitaFöG sind jeweils zum 30.06. und 31.12. des Kalenderjahres schriftliche Meldungen abzugeben sowie bei Beendigung des Pflegeverhältnisses unverzüglich. Tagespflegepersonen und Eltern stimmen sich in der Urlaubsplanung ab, so dass nur unabwendbare Wechsel des Kindes erfolgen. Das Standortjugendamt kann eine Bescheinigung des Arbeitgebers verlangen. § 208 SGB IX ist neben dem Bundesurlaubsgesetz zu berücksichtigen.

(12) Feststellung des Sprachstands und Förderung der deutschen Sprache sind Aufgabe der Tagespflegeperson. Dazu ist für jedes Kind ein Sprachlerntagebuch zu führen. Das Ergebnis der Sprachstandserhebung gemäß der Sprachdokumentation nach § 13 KitaFöG sind der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung in anonymisierter oder pseudonymisierter Form zu übermitteln. Beendet ein Kind mit Sprachförderbedarf im letzten Jahr vor der Schule die Förderung in der Tagespflegestelle, ist dem Standortjugendamt Mitteilung darüber zu machen. Vor dem Wechsel des Kindes in die Schule ist, nach Einwilligung der Eltern, die Lerndokumentation aus dem Sprachlerntagebuch an das Standortjugendamt abzugeben.

(13) Die Tagespflegeperson hat das Standortjugendamt mit einer Vorlauffrist von drei Monaten über eine beabsichtigte Aufgabe der Tätigkeit zu informieren. Aus besonderem Grund kann die sofortige Aufgabe erfolgen; hierbei ist das Standortjugendamt unverzüglich zu informieren. Die finanzierte Ausstattung ist zurückzugeben.

10. Qualifizierung / Fortbildung und fachliche Begleitung

(1) Jede Tagespflegeperson und jede sich bewerbende Person hat einen Anspruch auf Beratung in fachrechtlichen, organisatorischen und pädagogischen Fragen der Kindertagespflege. Tagespflegepersonen sollen im Sinne des § 18 Abs. 3 KitaFöG von den Beratungsangeboten Gebrauch machen und nach Abschluss der Qualifizierung Fortbildungen besuchen.

(2) Das Jugendamt prüft vor Zulassung zur Qualifizierung vorab grundsätzlich die Eignung der sich bewerbenden Person als Tagespflegeperson. Bestehen an der Eignung keine Bedenken, wird die sich bewerbende Person zur Qualifizierung zugelassen.

(3) Tagespflegepersonen sind zur Teilnahme an folgenden Qualifizierungsmaßnahmen / Fortbildungen verpflichtet:

- a) vor Aufnahme der Tätigkeit und im Zusammenhang mit dem Erlaubnisverfahren oder bei Betreuung im Haushalt der Eltern:
 - aa) - Kurs „Erste Hilfe am Kind“ im Umfang von mindestens drei Doppelstunden, nicht älter als ein Jahr – zu wiederholen alle zwei Jahre,
 - ab) - Grundqualifizierung, die nach dem kompetenzorientierten Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege (QHB), aus 160 Unterrichtsstunden, Selbstlerneinheiten, einem Praktikum sowie einem erfolgreichen Abschluss durch eine Lernergebnisfeststellung unter Mitwirkung der bezirklichen Jugendämter und ggf. der Senatsjugendverwaltung besteht und mit der Erteilung des Zertifikates des Bundesverbandes bzw. des Landes abschließt. Eine Unterrichtsstunde beträgt 45 Minuten. Eine Konzeption für die Tagespflegestelle muss erstellt und alle 5 Jahre überarbeitet werden.
- b) ab dem Jahr nach Abschluss der Grundqualifizierung oder dem Vorbereitungsseminar für pädagogische Fachkräfte tätigkeitsbegleitend:
Fortbildung im Umfang von 16 Unterrichtsstunden im Kalenderjahr.

Für Tagespflegepersonen, die ihre Tätigkeit nur für Vertretungen oder weniger als 2 Jahre ausüben wollen, ist der Nachweis von a) aa) verpflichtend. Die Teilnahme nach a) ab) wird durch einen „Schnellläufer“-Kurs nach den Richtlinien des Curriculums des Deutschen Jugendinstitutes von 2009 mit 160 Unterrichtsstunden und einem Kolloquium ersetzt.

(4) Für pädagogische Fachkräfte nach § 11 Abs. 2 VOKitaFöG (auch ohne staatliche Anerkennung), Kinderkrankenschwestern/-pfleger und Kinderpfleger/innen reicht die Teilnahme an den Qualifizierungen/Fortbildungen nach Abs. 3 a) aa) und b) sowie die Teilnahme an einem Vorbereitungsseminar mit 30 Unterrichtsstunden aus. An der Grundqualifizierung können sie teilnehmen. Sich bewerbende Personen, die über eine andere abgeschlossene pädagogische oder pflegerische Ausbildung verfügen, an einem Vorbereitungsseminar mit 30 Unterrichtsstunden teilgenommen haben, das Aufbauzertifikat nach Abs. 7 und einen Nachweis nach Absatz 3a) aa) besitzen so-

wie mindestens sechs Monate Erfahrung mit der Betreuung von Kindern unter drei Jahren haben, können vom Standortjugendamt als pädagogische Fachkräfte für Kindertagespflege anerkannt werden, die Grundqualifikation nach Absatz 3a) ab) ist in diesen Fällen nicht erforderlich. Hierzu zählen insbesondere Grundschullehrer/in, Logopäde/in, Ergotherapeut/in, Psychologe/in, Heilerziehungspfleger/in, Kunsttherapeut/in, Sporttherapeut/in, Musiktherapeut/in, Musikpädagoge/in, Magister/a und Bachelor (Hauptfach Erziehungswissenschaften), Sonderschullehrer/in, Gemeindepädagoge/in.

(5) Tagespflegepersonen, die für bis zu drei Kinder ergänzend zur Betreuung in Kindertagespflege, Tageseinrichtung oder Schule Betreuung anbieten, sind zur Teilnahme am Kurs „Erste Hilfe am Kind“ nach Abs. 3 Buchstabe a) aa) und einem Kurzmodul „Kindertagespflege Basic“ verpflichtet. Das Kurzmodul umfasst 18 Unterrichtsstunden, die spätestens drei Monate nach Aufnahme der Betreuung nachgewiesen werden müssen. Nummer 11 Absatz 15 gilt analog; auch für Betreuung im Haushalt der Eltern. An den anderen Qualifizierungen / Fortbildungen nach Abs. 3 können sie teilnehmen.

(6) Tagespflegepersonen, die Kinder mit besonderem individuellen Förderbedarf nach Nummer 2. Abs. 3 betreuen, sind zusätzlich zu den Qualifizierungen/Fortbildungen nach Abs. 3 zur Teilnahme an der Tagespflegeelternschule des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg als speziellem Kurs verpflichtet, sofern sie nicht über eine entsprechende berufliche Vorbildung oder eine persönliche Qualifikation verfügen oder einen entsprechenden Kurs bei einem anderen Institut nachweisen können. Die Meldungen zur Pflegeelternschule erfolgen nach Eignungseinschätzung durch das zuständige Standortjugendamt.

(7) Nach Erhalt des Grundzertifikats nach Abs. 3a) ab) können Tagespflegepersonen durch eine tätigkeitsbegleitende Qualifizierung bei einem Gütesiegelbildungsträger das Aufbauzertifikat erwerben, die Qualifizierungstage werden als Fortbildungstage anerkannt. Das Aufbauzertifikat berechtigt zur Betreuung von mehr als drei bis höchstens fünf Kinder. Das Berliner Aufbauzertifikat erhält, wer die Teilnahme an der weiterführenden Qualifizierung im Umfang von insgesamt 140 Unterrichtsstunden, eine pädagogische Konzeption in schriftlicher Form und jahresbezogen eine mindestens sechsmalige Teilnahme im Umfang von ca. je zwei Unterrichtsstunden an einer Gesprächs-/ Supervisionsgruppe nachweisen kann. Das Jugendamt kann Tagespflegepersonen, die die Grundqualifikation nach Absatz 3 a) ab) absolviert haben und im Verbund arbeiten möchten, eine Auflage erteilen, wonach sie im ersten Jahr mit einer erfahrenen Tagespflegeperson (Erzieher/in oder mindestens 2 Jahre Erfahrung in der Kindertagespflege) zusammenarbeiten müssen. Das erste Jahr der berufsbegleitenden Erzieherausbildung für Kindertagespflegepersonen entspricht dem Aufbauzertifikat.

(8) Vorbereitungsseminare nach Absatz 4 sowie die Grund- und Aufbauqualifizierung werden von Bildungsträgern durchgeführt, die durch Gütesiegel und Kooperationsvertrag mit mindestens einem Jugendamt dazu berechtigt sind. Bildungsträger können das Gütesiegel bei dem Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg beantragen. Es wird bei Vorliegen der vom Bund für die Anerkennung vorgegebenen Qualitätskriterien von der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung verliehen. Jährliche Fortbildungen werden vom Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, den bezirklichen Jugendämtern sowie weiteren gemein-

nützigen Fortbildungsträgern der freien Jugendhilfe, die von der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung anerkannt worden sind oder das Gütesiegel besitzen, angeboten. Es werden Fortbildungen anerkannt, die kind- und tätigkeitsbezogen sind. Schwerpunktmäßig sollen diese Fortbildungen die Bereiche Pädagogik, Psychologie, pädagogische Angebote, Ernährung/Gesundheit/Recht, Zusammenarbeit mit den Eltern sowie Selbstreflexion abdecken.

(9) Tagespflegepersonen werden innerhalb eines Kalenderjahres nach § 18 Abs. 3 KitaFöG bis zu fünf Tage zur Unterstützung der Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen erstattet. Acht Unterrichtsstunden gelten als ein Fortbildungstag. Werden diese Unterrichtsstunden außerhalb der Betreuungszeit absolviert, werden sie summiert und nach Nummer 11 Abs. 15 als Fortbildungstag vergütet. Werden sie während der Betreuungszeit absolviert, so wird das Entgelt, die Sachkostenpauschale und ggf. die Zuschläge aller betreuten Kinder in voller Höhe weitergezahlt. Eine Übertragung von geleisteten Unterrichtsstunden auf das Folgejahr ist nicht möglich. Fortbildungen der Tagespflegeperson sind zum Ende des Kalenderjahres dem Standortjugendamt schriftlich nachzuweisen. Bis zu zwei von fünf Fortbildungstagen können für die interne Evaluation genutzt werden, wenn diese mit Unterstützung von anerkannten Multiplikatoren/Multiplikatorinnen, die im Berliner Kita-Institut qualifiziert wurden, durchgeführt wird.

(10) Tagespflegepersonen können sich zu einer Gesprächs-/ Supervisionsgruppe, sogenannten „Kiezgruppe“, mit mindestens 10 Tagespflegepersonen zusammenschließen. Sie können für ihre Gruppe eine Regionalsprecherin bzw. einen Regionalsprecher wählen. Die Teilnahme an angeleiteten regionalen Gesprächs-/ Supervisionsgruppen, sogenannten „Kiezgruppen“, mindestens viermal pro Jahr im Umfang von insgesamt acht Unterrichtsstunden wird wie ein weiterer Fortbildungstag gewertet und vergütet.

(11) Tagespflegepersonen, die die Voraussetzungen für die berufsbegleitende Erzieherausbildung für Tagespflegepersonen erfüllen, können von ihrem Jugendamt hierfür angemeldet werden. Die zusätzlichen monatlichen Kosten, die den Tagespflegepersonen für die notwendige Supervision entstehen, werden auf Antrag vom Standortjugendamt übernommen. Die notwendigen Vertretungen für die Erreichung des Ausbildungsabschlusses werden durch das Jugendamt organisatorisch und finanziell unterstützt. Die einjährige Teilnahme an der Ausbildung entspricht den Anforderungen an die Unterrichtseinheiten des Aufbauzertifikates.

V. Finanzierung und andere Leistungen

11. Finanzierungsgrundsätze

(1) Wenn ein Bedarfsbescheid nach § 5 VOKitaFöG vorliegt, eine Tagespflegeperson zur Aufnahme des Kindes bereit ist und diese die Eignungs- und Erlaubnisvoraussetzungen nach Nummer 6. erfüllt, ist das Jugendamt bei öffentlich finanzierter Kindertagespflege zur Finanzierung verpflichtet. Nach pflichtgemäßem Ermessen des Jugendamtes nach § 23 Abs.3 SGB VIII können auch unterhaltspflichtige Personen, jedoch nicht die Eltern, Kindertagespflege erbringen und Geldleistungen erhalten, wenn sie die Eignungsvoraussetzungen erfüllen.

Die Verpflichtung zur öffentlichen Finanzierung der Kindertagespflege setzt eine Zuständigkeit nach § 2 Abs.1 KitaFöG für das Kind voraus. Die Betreuung von auswärtigen Kindern in Berliner Tagespflegestellen steht im pflichtgemäßen Ermessen des Standortjugendamtes der gewünschten Tagespflegestelle, hierbei ist insbesondere die vorrangige Gewährleistungsverpflichtung des Landes Berlin gegenüber Berliner Kindern zu berücksichtigen. Die Zustimmung setzt insbesondere die Zusage der Kostenerstattung des gewährleistungspflichtigen auswärtigen Jugendamtes voraus. In begründeten Einzelfällen, insbesondere bei einem befristeten, berufsbedingten Aufenthalt in Berlin kann nach § 2 Abs. 1 Satz 2 KitaFöG auch eine Förderleistung gewährt werden.

(2) Tagespflegepersonen wird monatlich eine Geldleistung gewährt, die sich aus festgelegten Tagessätzen je Kind ergibt und wie folgt zusammensetzt:

- a) Sachkostenpauschale zur Erstattung der Kosten des Sachaufwandes der Kindertagespflege,
- b) Entgelt zur Vergütung der Förderleistung und
- c) bedarfsabhängige kindbezogene Zuschläge.

Darüber hinaus können bei Bedarf weitere Zuschüsse und materielle Leistungen für Tagespflegepersonen gewährt werden.

(3) Die Zahlung der Geldleistung an Tagespflegepersonen erfolgt durch das Standortjugendamt in der Regel monatlich im Voraus. Dabei werden Guthaben oder Forderungen des Landes Berlin miteinander verrechnet. Die Geldleistung wird fällig ab Vertragsbeginn, dies ist der erste Tag der Aufnahme des Kindes, und ist zu zahlen bis zum letzten Tag des Monats, in dem die Kindertagespflege endet. Dabei wird der Tag mit einem Dreißigstel des Monatssatzes berechnet. Das Endergebnis wird auf volle Eurobeträge gerundet, dadurch kann es zu geringfügigen Über- oder Minderzahlungen kommen. Nummer 8. Abs. 3 Satz 2 ist zu beachten.

(4) Die Sachkostenpauschale sichert den gesamten Bedarf des Kindes in der Kindertagespflege. Sie ist insbesondere aufzuwenden für Mahlzeiten und Getränke, Körper- und Gesundheitspflege (außer Windeln), Spiel- und Beschäftigungsmaterialien, kleinere Hausratsgegenstände, Haftpflichtversicherungen, Werterhaltung der Räume sowie Reinigungs- und Energiekosten. Die Höhe der Sachkostenpauschale ist im Kostenblatt aufgeführt. Rückforderungen des Landes Berlin dürfen nicht zu Lasten der laufenden Sachkostenpauschale, für die direkte Betreuung der Kinder, verrechnet werden.

(5) Für Kindertagespflege im Haushalt der Eltern ist ein Teil der Sachkostenpauschale zur Deckung von Fahrtkosten und/oder Haftpflichtversicherung sowie ggf. die Zuschläge nach Nummer 11 Abs. 11 und 12 zu gewähren. Für haushaltsfremde Kinder wird sie in voller Höhe gewährt.

(6) Bei erweiterter Ganztagsförderung mit mehr als 180 Betreuungsstunden monatlich erhöht sich die Sachkostenpauschale um 25 v.H., um den erweiterten Bedarf des Kindes zu gewährleisten.

(7) Bei Kindertagespflege zu außergewöhnlichen Zeiten kann das Jugendamt nach pflichtgemäßem Ermessen die Sachkostenpauschale um bis zu 25 v.H. sowie bei Betreuung eines Kindes mit besonderem individuellen Förderbedarf um bis zu 50 v.H. erhöhen.

(8) Das Entgelt wird in leistungsgerecht gestaffelten Pauschalen gezahlt. Es ist im Kostenblatt aufgeführt.

(9) Tagespflegepersonen erhalten nach § 23 Abs. 2 SGB VIII Leistungen für Sozialversicherungsbeiträge (Altersvorsorge, Kranken- und Pflegeversicherung) die sie selbst für die Tätigkeit als Tagespflegeperson entrichten müssen. Es werden auf Nachweis angemessene, hälftige Beiträge erstattet.

a) Als angemessen für die Altersvorsorge gelten sämtliche Pflichtbeiträge bis zur Höhe der gesetzlichen Rentenversicherung oder Beiträge zu einer privaten Altersvorsorge in Höhe des Mindestbeitrages der gesetzlichen Rentenversicherung. Nachweise zur privaten Altersvorsorge können vom Standortjugendamt nur anerkannt werden, wenn die Altersvorsorgeleistungen nicht anderweitig bzw. vorzeitig verwertbar sind, sie nicht vor Erreichen des Rentenalters ausgezahlt werden und der Alterssicherung im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung dienen.

b) Als angemessene Beträge gelten für die Kranken- und Pflegeversicherung die Basisbeiträge bei privat versicherten Tagespflegepersonen und die gesetzlichen Mindestbeiträge bzw. die einkommensabhängig festgelegten Basisbeiträge bei Tagespflegepersonen, die freiwillig gesetzlich versichert sind inklusive des individuellen Zusatzbeitrags der Krankenkasse und der Krankengeldversicherung, ohne weitere Zusatzleistungen.

c) Die hälftige Erstattung der nach a) und b) gezahlten Aufwendungen zur Alterssicherung, sowie zur Kranken- und Pflegeversicherung erfolgt monatlich. Die Grundlage des Erstattungsbetrags für die Monate Januar bis April eines Jahres bilden vorerst die von den Tagespflegepersonen eingereichten Nachweise der Sozialversicherungsbeiträge des vorvorherigen Kalenderjahres. Dazu werden die Jahresbeträge durch die Betreuungsmonate geteilt, um die monatlichen hälftigen Zahlungen vorläufig festzusetzen. Bis zum 30.4. des jeweiligen Jahres weisen die Tagespflegepersonen die Jahresabrechnung der Sozialversicherungsbeiträge des Vorjahres nach und es erfolgt eine Aufrechnung mit den vorläufig bis dahin geleisteten Zahlbeträgen und eine Festsetzung der monatlichen Erstattungsbeträge für das laufende Jahr. Werden die Beiträge des Vorjahres bis zum 30.4. nicht nachgewiesen, werden die Zahlung der hälftigen Erstattungsbeträge eingestellt und Rückforderungen für das laufende Jahr vorgenommen. Tagespflegepersonen, die keine Jahresbescheinigungen nachweisen können, weil sie mit der Kindertagespflege neu begonnen haben, oder die im laufenden Jahr wesentlich höhere Beiträge zahlen müssen, reichen als Nachweis aktuelle Beitragsbescheinigungen ein.

Die hälftige Erstattung ist nur möglich, wenn mindestens für einen Monat Beiträge entrichtet wurden. Im Falle der vorübergehenden Nichtbelegung der Tagespflegestelle werden die hälftigen Sozialversicherungsbeiträge für bis zu 2 Monate (60 Kalendertage) weiter erstattet.

Die hälftigen Sozialversicherungsbeiträge werden bis zum 28.2. jeden Jahres der Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) gemeldet. Diese leitet die Meldung über die Höhe der hälftigen Erstattungsbeträge an die Finanzämter weiter.

(10) Bei Änderung der Angebotsform, für die nach Abs. 8 höhere Pauschalen gezahlt werden, erhält die Tagespflegeperson für die bereits von ihr betreuten Kinder ab Beginn des folgenden Monats das maßgebende Entgelt. Voraussetzung für den Wechsel ist die Erfüllung der entsprechenden Qualifikationsvoraussetzungen durch die Tagespflegepersonen.

(11) Kindbezogen wird ein Zuschlag für die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege zu außergewöhnlichen Zeiten gewährt, wenn die Betreuung regelmäßig

- a) außerhalb der üblichen Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen in der Regel vor 6 und nach 18 Uhr (bei Kitas mit erweiterten Öffnungszeiten vor 6 und nach 21 Uhr) liegt,
- b) mehr als 12 Stunden täglich oder
- c) mit wechselndem zeitlichen Betreuungsbedarf erfolgt.

Auch wenn mehrere dieser Tatbestände zutreffen, besteht nur Anspruch auf einen Zuschlag pro Kind. Der Zuschlag kann monatlich bis zu 50 v.H. des maßgebenden Entgelts betragen. Die Höhe des Zuschlages richtet sich nach Einzelfallentscheidung des Jugendamtes nach dem Entgelt entsprechend dem Betreuungsumfang des Kindes.

(12) Des Weiteren wird ein Zuschlag für die Betreuung von Kindern mit besonderem individuellen Förderbedarf nach Nummer 2. Abs. 3 a) – c) gewährt. Auch wenn mehrere dieser Tatbestände zutreffen, besteht nur Anspruch auf einen Zuschlag pro Kind. Die Höhe des kindbezogenen Zuschlages kann nach Einzelfallentscheidung durch das Jugendamt unter Einbeziehung der im Bezirk für Kinder mit Behinderung zuständigen Fachstellen monatlich bis zu 75 v.H., bei Kindern nach Abs. 3 c kann er nach Feststellung eines wesentlich erhöhten Bedarfs an sozialpädagogischer Hilfe (B-Status) gemäß § 4 (6) VOKitaFöG durch den Ausschuss bis zu 100 v.H. des maßgeblichen Entgeltes, betragen.

(13) Zuschüsse und materielle Leistungen zusätzlich zur Geldleistung können Tagespflegepersonen erhalten, wenn sie den materiellen oder finanziellen Aufwand nachweisen. Auf Antrag von Tagespflegepersonen gewährt das Standortjugendamt

- a) Erstattung der Aufwendungen zur gesetzlichen Unfallversicherung der Tagespflegeperson,
- b) materielle Leistungen für Ausstattung und Einrichtungsgegenstände,
- c) Zuschuss zur Erst- und Folgeausstattung mit Spielmaterial,
- d) einen sachkostenunabhängigen Mietzuschuss und Mittel für Schönheitsreparaturen.

Die Aufwendungen nach Buchstabe a) werden in Höhe des Basissatzes der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) erstattet. Die Erstattung für die gesetzliche Unfallversicherung erfolgt in der Regel einmal jährlich, höchstens ein Jahr rückwirkend, auch wenn sich vorübergehend kein Kind in der Tagespflegestelle befand. Können Ausstattung und Einrichtungsgegenstände durch das

Standortjugendamt nicht zur Verfügung gestellt werden, können nach Bedarfsprüfung materielle Leistungen nach b) gewährt werden. Bei Kindertagespflege im Haushalt der Eltern findet dies nur Anwendung, wenn dort auch haushaltsfremde Kinder betreut werden. Bei der Einrichtung von Tagespflegestellen wird je Platz ein Zuschuss nach c) in Höhe der Hälfte der Sachkostenpauschale gewährt. Im Weiteren hat die Tagespflegeperson die Ergänzung des Spielmaterials aus der Sachkostenpauschale zu bestreiten. Sofern damit nachweisbar der pädagogische Bedarf eines Kindes nicht gedeckt werden kann, wird ein Zuschuss wie bei der Erstausrüstung gewährt. Ein Zuschuss nach d) ist für die Kindertagespflege in angemieteten Räumen zu gewähren, wenn die Tagespflegestelle mit Zustimmung des Standortjugendamtes eingerichtet wird. Das Standortjugendamt kann auch Zuschüsse für einen separaten Raum innerhalb der Wohnung oder eines Hauses, der für die Betreuung von 4 bis 5 Kindern genutzt wird, gewähren, wenn eine zusätzliche Mietforderung nachgewiesen wird. Die Höhe des monatlichen Mietzuschusses setzt das Jugendamt fest; sie beträgt derzeit bis zu 140 € nach Zahl der erlaubten Plätze. Ein geringerer Mietzuschuss wird festgesetzt, sofern die tatsächliche Miete geringer ist. In begründeten Ausnahmefällen, bspw. bei Neueinrichtungen, kann vorübergehend die gesamte Warmmiete übernommen werden. Die Übernahme einer Mietkaution in Höhe von maximal 3 Monatskaltmieten ist möglich. Hierfür ist ein gesonderter Darlehensvertrag abzuschließen; die monatlichen Mietzuschüsse werden gekürzt bis das Darlehen zurückgezahlt ist (Nr. 8.4 Ausführungsvorschrift Wohnen Berlin ist zu beachten). Nach Absprache mit dem Standortjugendamt sind notwendige Mittel für Schönheitsreparaturen zu gewähren. Die zusätzlichen Leistungen a) – d) sind gesondert auszuweisen.

(14) Für die ergänzende Kindertagespflege nach § 17 Abs. 4 KitaFöG ggf. i. V. mit § 19 Abs. 6 SchulG gelten gesonderte Finanzierungsregelungen. Zur Berechnung der Sachkosten wird 1% der hälftigen Sachkostenpauschale mit der Anzahl der Betreuungsstunden multipliziert, wenn die Betreuung außerhalb des Haushaltes der Eltern erfolgt. Zeiten von 21.00 Uhr bis 5.00 Uhr bleiben für die Berechnung der Sachkostenpauschale unberücksichtigt. Wenn die Betreuung im Haushalt der Eltern erfolgt, sind nach Nummer 11 Abs. 5 zur Deckung von durch die Betreuung entstandene Fahrtkosten und/oder der tätigkeitsentsprechenden Haftpflichtversicherung zusätzliche Mittel zu gewähren.

Die Höhe des Entgeltes ist im Kostenblatt aufgeführt. Je nach Bedarfsfeststellung gelten für die ergänzende Kindertagespflege Betreuungszeiten, die vor und nach der regulären Öffnungszeit von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen oder Schulhorten benötigt werden, in der Regel von 18.00 Uhr bis 6.00 Uhr. An Wochenenden und Feiertagen umfasst die Betreuung, je nach Bedarfsfeststellung den ganzen Tag. Für jedes weitere Kind, das zeitgleich in ergänzender Kindertagespflege betreut wird, werden die Entgelte hälftig gewährt. Das Jugendamt kann bei Bedarf Zuschläge nach Nummer 11 Absatz 7 und 12 für Kinder mit besonderem individuellem Förderbedarf und bei Bedarf Aufwendungen nach Nummer 11 Abs. 13 a) gewähren. Der Bedarf an ergänzender Kindertagespflege muss halbjährlich nachgewiesen und geprüft werden. Die Nummern 6 bis 9, 10 Absatz 5 gelten für ergänzende Kindertagespflege entsprechend. Erstattungen von hälftigen Sozialversicherungsbeiträgen nach Nr.11 Absatz 9 erfolgen zusätzlich zum Entgelt nur dann, wenn die Kranken- und Pflegeversicherung bzw. die gesetzliche Rentenversicherung Beiträge aufgrund der Tätigkeit in der ergänzenden Kindertagespflege einfordert. Werden keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung erhoben und wird eine private Altersvorsorge

nachgewiesen, ist diese nur in Höhe des Mindestbeitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung zu erstatten. Der Anspruch auf die Finanzierung von Urlaubs- und Fehltagen nach § 18 Absatz 2 KitaFöG entfällt.

(15) Die Höhe der Bezahlung pro Fortbildungstag beträgt für alle Tagespflegestellen, unabhängig von Betreuungsumfang 23 € multipliziert mit der Anzahl der in der Pflegeurlaubnis pro Tagespflegeperson genehmigten Plätze. Wird über die vorgeschriebene Anzahl von 16 Unterrichtseinheiten hinaus eine Kiezgruppe vier Mal im Jahr besucht, so wird dafür ein Fortbildungstag vergütet. Tagespflegepersonen und deren Vertretungen, die Gesprächs-/ Supervisionsgruppen, sogenannten „Kiezgruppen“, leiten, erhalten für ihre Tätigkeit ab 2022 pro Jahr 130 € als Aufwandsentschädigung.

(16) Des Weiteren erhalten die Tagespflegepersonen für die mittelbar pädagogische Arbeit, die insbesondere die Dokumentation der Entwicklung der Kinder, Elterngespräche sowie die Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit umfasst, ab dem 1.1.2019 eine Vergütung für 4 Stunden pro Kind und Monat. Dabei werden alle Verträge für Berliner Kinder in Kindertagespflege berücksichtigt mit Ausnahme von Kindern in ergänzender Kindertagespflege. Die Vergütung dieser Stunden ist im Kostenblatt festgelegt.

(17) Bei Ausfall der Tagespflegeperson können die Kinder mit Einverständnis des Standortjugendamtes und der Eltern durch eine andere öffentlich finanzierte Tagespflegeperson vertretungsweise betreut werden. Bei Vertretung oder belegungsbedingtem Wechsel vornehmlich in den Sommerferien kann zusätzlich zur Tagespflegeurlaubnis ein weiteres Kind pro Tagespflegeperson betreut werden, wenn die Betreuungszeit 3 Monate pro Jahr nicht überschreitet. Die Berechnung der Vertretung bezieht sich auf Kalendertage sowie auf das Beginn- und Enddatum der Ausfallzeit. Dauert die Vertretungszeit länger als einen Kalendermonat, erfolgt die Auszahlung fortlaufend im Folgemonat. Fehltage und Urlaubstage der Tagespflegeperson werden nach § 18 Abs. 2 KitaFöG vom Standortjugendamt fortgezahlt, es gelten hierbei die ausfallenden Betreuungstage. Zu berechnen ist der komplette Tagessatz inklusive eventueller Zuschläge mit einem Dreißigstel der monatlichen Summe aus Entgelt, hälftiger Sachkostenpauschale und ggf. Zuschlägen.

(18) Erfolgt die Betreuung der Kinder durch die vertretende Tagespflegeperson in deren Tagespflegestelle, wird ihr die entsprechende Geldleistung gezahlt, die Berechnung erfolgt hier wie in Abs. 17 ausgeführt. Erfolgt hingegen die Vertretung in der Tagespflegestelle der abwesenden Tagespflegeperson, wird ihr die Geldleistung anteilig in Höhe des Entgeltes gezahlt, jedoch keine Sachkostenpauschale. In diesem Fall steht der zu vertretenden Tagespflegeperson weiterhin die volle Geldleistung – Entgelt, Sachkostenpauschale und ggf. Zuschläge – für die Fehltage nach § 18 Abs. 2 KitaFöG zu.

(19) Wird ein Berliner Kind in einer Tagespflegestelle in einem anderen Bundesland gefördert, so ist die ortsübliche Finanzierung für die Sachkosten und das Entgelt des anderen Landkreises bzw. Bundeslandes zu ermitteln. Durch schriftliche Festlegung mit dem für die Tagespflegestelle zuständigen Jugendamt kann eine Erstattung vorgenommen oder zur Verwaltungsvereinfachung direkt an die Tagespflegeperson gezahlt werden. Zuständig für dieses Tagespflegeverhältnis ist abweichend zum bisher beschriebenen Verfahren das Wohnsitzjugendamt.

(20) Zu Unrecht bezogene oder nicht zweckgemäß verwandte Mittel sollen vom Jugendamt zurückgefordert werden.

VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

12. Übergangsregelungen, Schlussbestimmungen

(1) Die für Jugend zuständige Senatsverwaltung kann durch Rundschreiben in Ergänzung zu diesen Vorschriften Weiteres regeln. Die finanziellen Regelungen sind im Kostenblatt festgelegt.

(2) Diese Verwaltungsvorschrift tritt bis auf Nr. 11 Absatz 15 Satz 3 rückwirkend ab 01.01.2020 in Kraft. Nr. 11 Absatz 15 Satz 3 tritt am 01.01.2022 in Kraft. Die Entgelte in den Leistungsstufen für die reguläre Kindertagespflege und für die ergänzende Kindertagespflege werden zum 01.11.2020, angepasst. Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.

(3) Für Tagespflegepersonen, die zum 31.12.2019 Beiträge zu einer privaten Alterssicherung zahlen, weil sie durch die Gesetzesänderungen im Jahre 2009 versicherungspflichtig wurden, jedoch nicht mehr in die gesetzliche Versicherung eintreten konnten, gilt für die hälftige Erstattung einer angemessenen Alterssicherung Nr. 11 Abs. 9a folgende Regelung:

Beiträge zu einer privaten Alterssicherung gelten als angemessen, wenn sie den Arbeitnehmeranteil für die gesetzliche Rentenversicherung, der bei abhängig beschäftigten Personen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden und einem Bruttoarbeitslohn nach dem Landesmindestlohngesetz anfällt, nicht übersteigen.